



Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.

Medienkonferenz

Bern, 29. August 2016

Roman Künzler, Leiter Sektor Tertiär Unia Nordwestschweiz

Über gehört zur Rechenschaft gezogen: Die Proteste ziehen sich durch das ganze Land

Obwohl es für Konsumentinnen und Konsumenten zweifellos auch Vorteile mit sich bringt, stellt das Geschäftsmodell des Uber-Taxis eine Aushöhlung von Schutzbestimmungen und Absicherungen dar, welche sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Generationen lang erstritten haben. Wir erleben mit dem Uber-Konzern eine Rückkehr der Tagelöhntums als Arbeitsverhältnis. Die Ausbreitung von Scheinselbstständigkeit mit Tiefstlohn ohne Sicherheit und Schutz vor Krankheit, Unfall und Alter. Das Uber-Management und die milliardenschweren Kapitalgeber haben ihr Geschäftsmodell bewusst auf der Umgehung von bestehenden Gesetzen aufgebaut. Ein grosser Teil des Risikos und beinahe alle Kosten werden dabei auf die Allgemeinheit und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgewälzt. Steuern werden so praktisch keine gezahlt und die Gewinne fliessen in Steueroasen. Gesetze für professionellen Personentransport werden umgangen und das Risiko des Gesetzesbruchs auf die Fahrer abgewälzt. Es werden Dumping-Löhne bezahlt. Und Taxifahrerinnen und Fahrer, welche zum Teil seit Jahrzehnten ein öffentlich reguliertes Gewerbe betreiben, werden in den Ruin getrieben.

Die Prekarität und das Unverständnis ist momentan gross auf den Strassen von Genf, Basel, Lausanne und Zürich. Das Unverständnis richtet sich vor allem an die Behörden auf Ebene des Bundes und der Kantone. Denn obwohl sich die Sachlage klar präsentiert, versucht nur die Stadt Lausanne ernsthaft, das Dumping-Geschäftsmodell von Uber zu unterbinden – bis zur Sperrung der Applikation - und somit die bestehenden Gesetze zu vollziehen. Bei den vielfältigen schweizweiten Protesten wurde vonseiten der Behörden immer wieder bestritten, dass Uber ein Taxiunternehmen sei und die Uber-Fahrer damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Konzerns. Während die Behörden Arbeitsgruppen ins Leben rufen und sich für Abklärungen jahrelang Zeit lassen, schafft einer der weltweit grössten Konzerne Fakten. Fakten, welche die Arbeitsverhältnisse von allen Lohnabhängigen in der Schweiz in Frage stellt und bei Tausenden von Taxifahrerinnen und Fahrern Armut schafft.

So berichten unserer Mitglieder in Zürich von Lohneinbussen von 50%, in Basel von 20-30%. Dies führt zur unerträglichen Situation, dass viele trotz 53 Stunden Arbeit, keine Chance haben von ihrer Arbeit zu leben. Viele hätten Anspruch auf Sozialleistungen, scheuen jedoch

den Gang aufs Sozialamt. Gesundheitliche Probleme und soziale Spannungen am Arbeitsplatz wie in den Familien breiten sich als Symptome der Prekarität rasant aus. Genau dies sind die Mechanismen, wie viele selber in die Scheinselbständigkeit oder überlange Arbeitszeiten mit kaum Schlaf dazwischen gezwungen werden. Und da ist unglaublich viel Wut. Die Taxifahrer schliessen sich zusammen, protestieren, machen Hungerstreiks, schreiben Briefe, marschieren zu Behörden. Die Stimmung ist explosiv und der soziale Frieden für sie schon lange nicht mehr existent. Die Unia unterstützt die nationale Taxiunion, welche in den letzten Monaten zwei Aufsehen erregende nationale Protestaktionen durchgeführt haben, die jedoch keine spürbare Verbesserungen für die Arbeitnehmer brachtet. Aber nicht nur Taxifahrer protestieren. Auch Uber-Fahrerinnen und –Fahrer merken überall, dass sie übers Ohr gehauen wurden. Widerstände werden auch da zunehmen.

Das Rechtsgutachten ist eine klare Aufforderung an die kantonalen und nationalen Behörden, die Gesetze zu vollziehen und das Geschäftsmodell von Uber so lange zu verbieten, bis es demokratisch entstandene Gesetze respektiert. Uber selber kann man nur auffordern, sich als regulären Arbeitgeber im Taxigewerbe anzusehen und ihren Angestellten einen angemessenen und existenzsichernden Lohn zu bezahlen. Und da es nicht absehbar ist, dass Uber der Aufforderung freiwillig nachkommt, ist es auch an den Uber-Fahrerinnen und -Fahrern, sich zu organisieren, sich zu wehren und entsprechende Gerichtsverfahren zu führen. Die Gewerkschaft Unia wird sie darin unterstützen und wird die Aushöhlung des Arbeitnehmerschutzes weiterhin keinesfalls kampflos hinnehmen.